

Marche des Parapluies

Der 20. Juni ist Weltflüchtlingstag. An diesem Tag wird weltweit daran erinnert, dass Millionen von Menschen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen.

Auch wir zeigen unsere Solidarität mit Geflüchteten weltweit: mit einem Marche des Parapluies (Umbrella March oder Regenschirmmarsch). Bei dieser Aktion gehen wir auf die Straße und spannen Regenschirme auf. Die Regenschirme sind ein Symbol für den Schutz, der allen Menschen gewährt werden müsste. Wir treffen uns unter dem Motto "Schutz für alle" und fordern die Einhaltung des Rechts auf Asyl, sichere Fluchtwege, keine Pushbacks, keine Diskriminierung und eine menschenwürdige Behandlung aller Schutzsuchenden.

1. Recht auf Asyl

„Das Recht auf Asyl ist im Grundgesetz (Artikel 16a), in der Genfer Flüchtlingskonvention und in weiteren Menschenrechtsabkommen fest verankert. Jeder Mensch, der einen Asylantrag stellt, hat damit ein Recht auf Zugang zu einem fairen Asylverfahren, bei dem die Verfolgungsgründe individuell, zeitnah und sorgfältig geprüft werden. Die zuständigen Behörden müssen technisch und personell so aufgestellt werden, dass sie ihren Aufgaben und den Anliegen der Betroffenen angemessen und umfassend gerecht werden können. Dies ist derzeit nicht überall der Fall.

Wir fordern die Sicherstellung von fairen und gründlichen Asylverfahren, die das Individuum in den Mittelpunkt rücken und durch Festlegung und Beachtung von Verfahrensstandards eine Verfahrensqualität gewährleisten.

2. Sicherer Zugang

Da Flüchtende kein Visum für die Einreise zur Asylantragstellung beantragen können, gibt es für sie in der Regel keine Möglichkeit einer "erlaubten" Einreise nach Europa. Es bleibt ihnen keine andere Möglichkeit, als sich auf eine gefährliche Flucht zu begeben, die sie durch die Sahara, über das Mittelmeer und an Europas Außengrenzen führt. An die Stelle von staatlichen Akteuren treten zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für das Leben von Schutzsuchenden einsetzen. Diese Organisationen gilt es zu unterstützen und nicht zu kriminalisieren.

Wir fordern von der Landesregierung, ihren Teil dazu beizutragen und sich für sichere und legale Fluchtwege nach RLP einzusetzen, zum Beispiel durch ein Landesaufnahmeprogramm oder durch den Beschluss, RLP zum sicheren Hafen zu erklären.

3. Keine Pushbacks - Abolish Frontex

Frontex ist in seiner gegenwärtigen Form zentraler Bestandteil der europäischen Abschottungspolitik. Frontex ist verantwortlich für systematische Menschenrechtsverletzungen durch gewaltsame Rückführungen, indem es solche Menschenrechtsverletzungen zulässt bzw. sich sogar direkt an ihnen beteiligt. Frontex ist mitverantwortlich für Kooperationen mit Drittländern wie Libyen und Tunesien, die für Folter bekannt sind und unterstützt die "Absicherung" der europäischen Außengrenzen durch Gewalt. Personell, finanziell und materiell unterstützt Deutschland die Arbeit von Frontex. Deutsche Bundes- und Landespolizist*innen sind direkt an brutalen Pushbacks beteiligt. Deswegen sagen wir: Abolish Frontex! Schutzsuchende Menschen dürfen nicht pauschal abgewiesen werden, denn ihre individuellen Fluchtgründe müssen sorgfältig geprüft werden. Das gilt nicht nur an den EU-Außengrenzen, sondern auch an den Grenzen der

Bundesrepublik. Die Praxis der Zurückweisung von Geflüchteten an der Grenze zu Österreich muss sofort aufhören.“

4.Keine Diskriminierung

Geflüchtete Menschen sind besonders verwundbar und haben oft traumatisierende Erfahrungen in ihren Herkunftsländern und auf der Flucht gemacht. Auch in Deutschland sind sie häufig Hass und Gewalt ausgesetzt. Die Abwertung von Geflüchteten tritt oft in Verbindung mit Rassismus auf. Geflüchtete werden als Feindbilder aufgebaut, herabgewürdigt und angefeindet.

Es liegt an uns, uns diesen Tendenzen entgegen zu stellen, Courage zu zeigen und rassistisches Handeln zu lernen und umzusetzen. Politisch und gesellschaftlich müssen wir uns dafür einsetzen, dass Schutzsuchende als Menschen wertgeschätzt werden, denen - wie allen Menschen - Respekt und Teilhabe gebührt.

5.Menschenwürdige Behandlung - Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen!

Viele Geflüchtete erhalten zum Leben lediglich Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Das Leistungsniveau des Asylbewerberleistungsgesetzes unterschreitet das sozialrechtliche Existenzminimum erheblich. Denn die Regelsätze sind viel niedriger als die reguläre Grundsicherung. Einschränkungen in der Gesundheitsversorgung führen oft zu verschleppter, verspäteter und unzureichender Behandlung. Sanktionen führen häufig zu weiteren Kürzungen, die mitunter über viele Jahre aufrechterhalten werden. Durch die fehlende Einbindung in das reguläre Sozialsystem werden die Betroffenen zudem von den Maßnahmen der Arbeitsförderung weitgehend ausgeschlossen.

Die Menschenwürde kennt nicht zweierlei Maß, das Existenzminimum muss für alle gelten. "Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren" so das Bundesverfassungsgericht im Urteil von 18.07.2012. Dieser Grundsatz sollte beachtet werden, das AsylbLG gehört abgeschafft.

Unterzeichnende Organisationen:

- Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz (AGARP)
- Beirat für Migration und Integration der Stadt Mainz
- BuP RLP
- civi kune RLP
- Fallschirm-Mensch e.V.
- FC Ente Bagdad
- Flüchtlingsrat RLP e.V.
- Initiativausschuss für Migrationspolitik in RLP
- Institut zur Förderung von Bildung und Integration (INBI)
- Medinetz Mainz
- Omas gegen Rechts Mainz
- Ökumenische Flüchtlingshilfe Oberstadt e.V. (ÖFO)
- Omid Kulturzentrum e.V.
- Sea Punks e.V.

- Weltladen unterwegs